



Katja Keul MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin/Sprecherin für Rechtspolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Reisebericht

Wahlbeobachtung in der Ukraine 23.-25.Mai 2014

Seit dieser Legislaturperiode vertrete ich meine Fraktion in der parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV). In dieser Funktion wurde ich eingeladen, an der Wahlbeobachtung bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine als sogenannte Kurzzeitbeobachterin teilzunehmen.

Weil die Informationen gerade aus der aktuellen Krise in diesem Land sehr unübersichtlich sind und jede Seite gerne entscheidende Informationen unterschlägt, habe ich es als Chance gesehen, einerseits Solidarität mit der betroffenen Bevölkerung zu zeigen und andererseits endlich Informationen aus erster Hand zu erhalten, um mir eine eigenes Bild zu machen.

Die Anreise aus der Sitzungswoche von Berlin nach Kiew hat sich am Donnerstagabend schon mal komplizierter herausgestellt als geplant, weil ich wegen eines Gewitters nachts in Frankfurt gestrandet bin.

Somit entging mir das Vormittagsbriefing durch die OSZE in Kiew am Freitag, das ich als Neuling in der Wahlbeobachtung gerne mitgenommen hätte.

Am Nachmittag gab es dafür gleich die Gelegenheit, einige Präsidentschaftskandidaten und den Vorsitzenden der Wahlkommission zu befragen.

Positiv fiel dabei auf, dass die anwesenden Kandidaten allesamt erklärten, auf jeden Fall die Wahl anerkennen zu wollen und zwar auch derjenige, der seine Anhängerschaft überwiegend in den Bezirken verortete, in denen voraussichtlich nicht gewählt werden könne. Es war zu spüren, dass alle endlich eine starke legitimierte Regierung anstrebten, die in der Lage wäre, die Einheit des Landes sicher zu stellen.

Bereits am Freitagnachmittag war klar, dass mindestens in 21 Wahlbezirken von insgesamt 34 in den beiden Regionen Luhansk und Donezk nicht gewählt werden könne, da die Wählerlisten die Wahlkommissionen nicht erreicht hatten.

Darüber hinaus würde man sich bemühen, um jedes einzelne Wahllokal. Klar sei aber auch, dass man dort nicht zu Wahlen aufrufen würde, wo die WählerInnen konkret gefährdet wären.

Beim abendlichen Besuch bei Botschafter Weil treffen wir nicht nur auf Wolfgang Ischinger, sondern auch auf den Generalkonsul aus Donezk Dr. Detlev Wolter, den ich

bereits von meiner Reise nach Saudi Arabien kennen, wo er 2010 während der Kanzlerin-Reise stellvertretender Botschafter war.

Ich bin überzeugt, dass eine friedliche Lösung der Krise nur mit Russland möglich sein wird. Neu ist für mich, dass es einzelne europäische Mitgliedsstaaten waren, die ausdrücklich den Wunsch Russlands abgelehnt hatten, frühzeitig in die Verhandlungen über die EU-Assoziierung eingebunden zu werden. Man habe darauf bestanden, dass dies eine bilaterale Angelegenheit zwischen der EU und der Ukraine sei, die Russland nichts angehe.

Ich frage auch hier, welche Rolle die Anfang Februar mit Shell geschlossenen Verträge über die Exploration der Schiefergasvorkommen im Osten des Landes gespielt haben könnte. Wie bereits zuvor der ukrainische Botschaftsrat Khymynets in Berlin, bestätigt man mir auch hier, dass darüber in der Ukraine öffentliche Debatten stattgefunden haben. Auch die potentiellen Belastungen für die Umwelt hatten in der Debatte eine große Rolle gespielt.

Es wundert mich immer wieder, dass dieser Aspekt in Deutschland überhaupt nicht thematisiert wird. Immerhin verfügt die Ukraine über die viertgrößten Schiefergasvorkommen der Welt und sämtliche Explorationsrechte, sowohl im Westen als auch im Osten des Landes sind im letzten Jahr an den amerikanischen Konzern Chevron und den niederländischen Konzern Shell noch von Janukovic verkauft worden. Der Vertrag mit Shell wurde am 05.11.2013 unterschrieben, unmittelbar vor Ausbruch des Konfliktes mit Russland über die EU-Assoziierung.

Aus der Notlage der Ukraine heraus ist die Vergabe der Explorationsrechte durchaus nachvollziehbar. Aus grüner Sicht kann jedoch die großflächige Förderung des Schiefergases nicht die Alternative zur Abhängigkeit vom russischen Gas werden!

Der Verweis auf die mögliche Förderung von erneuerbaren Energien dürfte aufgrund des Zeitfaktors das akute Problem auch nicht lösen können. Die Ukraine befindet sich hier in einem echten Dilemma. Viel Zeit bleibt ihr nicht. Die Gaspreise haben sich schon jetzt verdreifacht und auch die sonstigen Lebenshaltungskosten steigen, obwohl die Menschen von den niedrigen Löhnen schon bislang kaum ihre laufenden Kosten decken konnten. Der Durchschnittslohn von 150 Euro reicht nicht einmal für die Miete. Das System funktionierte nur deshalb gerade noch, weil den Menschen nach der Wende Anfang der 90er Jahre durch einfache Unterschrift die Rechte an ihren Wohnungen durch die öffentliche Hand überschrieben wurden und die meisten von ihnen deshalb keine Kaltmiete zahlen. Ob diese Rechte dem deutschen Wohnungseigentum entsprechen oder eher einem Nießbrauch oder einem Wohnrecht konnte ich nicht abschließend herausfinden.

Auch wenn ich nur einen sehr kurzen Aufenthalt in Kiew hatte, bin ich von der Stadt schwer beeindruckt: sowohl das bauliche als auch das atmosphärische Ambiente mit den vielen Cafés und Restaurants erinnern mehr an Paris, als ich mir das hätte vorstellen können. Es kann überhaupt keinen Zweifel geben, dass es sich hier um eine europäische Hauptstadt handelt.

Am Samstag fliege ich mit meinem Teamkollegen Jürgen Klimke nach Lemberg, wo wir mit unserer Delegationsleiterin Doris Barrett und dem Sonderbotschafter der OSZE PV, Andreas Nothelle in einer etwa 10-köpfigen Parlamentariergruppe aus Italien, Österreich, Lettland und Deutschland zusammentreffen.

Zwei Langzeitbeobachter der OSZE und Mitglieder der Monitoring Mission der OSZE berichten uns über ihre Erkenntnisse und Analysen. Anschließend treffen wir auf unseren Fahrer und Dolmetscher, mit denen wir am Sonntag jeweils ein 4er Team bilden werden. Oksana Sharyak ist Assistentin am Lehrstuhl für deutsche Philologie und Volodymyr Kachmar unterrichtet ebenfalls Germanistik und betreibt nebenbei ein Reisebüro für überwiegend deutsche Kunden (www.lemberg-tour.com.ua).

Außerdem besuchen wir noch eine jüdische Gemeinde und sprechen mit Meylakh Sheykheth, dem Direktor des American-Ukrainian Bureau der American Jewish Organization for Human Rights.

Sein wichtigstes Anliegen ist die Sicherung der historischen und kulturellen Spuren der Juden in Lemberg und vor allem der Massengräber und killing sites rund um Lemberg, wo die Nationalsozialisten die Lemberger Juden quasi vollständig bis auf 800 Überlebende ermordet hatten. Es ist erschütternd zu erfahren, wie wenig Unterstützung und Mittel er für dieses doch aus unserer Sicht selbstverständliche Anliegen erhält.

Im Gegenteil: er beschwert sich vor allem über die örtlichen Autoritäten, die ihn in jeder erdenklichen Hinsicht behindern und u.a. Restaurants auf den Ruinen der Synagogen bewilligen. Der Stadtverwaltung unterstellt er deswegen eindeutig Antisemitismus.

Anders sei es mit der normalen Bevölkerung. Sicherlich könne man auch hier nicht behaupten, es gäbe überhaupt keine antisemitischen Tendenzen – im Großen und Ganzen würden die verschiedenen Religionen und Minderheiten aber gut integriert zusammen leben. Als jüdische Gemeinde würde sie sich aber vehement dagegen wehren, wenn sie von russischer Propaganda instrumentalisiert würden. Niemand sollte glauben, sie dazu benutzen zu dürfen, die ukrainische Gesellschaft zu spalten.

Am Abend bleibt etwas Zeit, die historische Altstadt (UNESCO Weltkulturerbe) zu genießen. Auch hier reihen sich Restaurants an Restaurants und alle Lemberger scheinen an diesem schönen Sommertag draußen auf der Straße zu sein bis spät in die Nacht. Nach dem Gespräch mit Sheykheth sehe ich allerdings manche Restaurants mit anderen Augen.

Am Wahlsonntag geht es um 07:30 los und wir besuchen im Laufe des Tages etwa 13 Wahllokale und arbeiten unseren Fragekatalog ab. Das Wahlverfahren wird aus unserer Sicht sehr routiniert und ohne Besonderheiten durchgeführt. Nur zwei Dinge sind generell zu kritisieren: keines der Wahllokale ist barrierefrei und die durchsichtigen Urnen ermöglichen es uns zu erkennen, wie jemand gewählt hat, wenn der Stimmzettel vor dem Einwurf nicht genug gefaltet wird und sich daher nach dem Einwurf voll lesbar in der Urne ausrollt.

Besonders spannend wird es beim letzten Wahllokal, wo wir die Schließung und Auszählung beobachten. Es braucht keine halbe Stunde um sicher zu gehen: eine Stichwahl wird nicht notwendig werden. Anders als im Landesdurchschnitt dürfte das Ergebnis für den Schokoladenkönig in Lemberg eher bei 80 % als bei 55 % gelegen haben.

Um 22:30 treffen sich alle wieder im Hotel. Wir verabschieden uns von Volodymyr und Oksana und überfliegen noch die Ergebnisse der Europawahl zu Hause.